

# Danziger



# Zeitung.

No 16959.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 1, und bei allen hiesigen Buchhändlern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Vom Kronprinzen.

Daß das neueste, heute Morgen in unseren Telegrammen mitgetheilte Bulletin des „Reichsanzeigers“ aus San Remo die beruhigenden Aufstellungen des augenblicklichen Zustandes des Kronprinzen bestätigt, ist in hohem Grade erfreulich. Die Versicherung, daß die Lungen gesund seien, beweist, wie wenig Anspruch auf Glaubwürdigkeit selbst die anscheinend aus den bestunterrichtetsten Kreisen kommenden Meldungen beanspruchen können. Mit welchen Vorbehalten freilich auch die neuesten Meldungen aufzunehmen sind, ergibt sich aus der Erklärung, daß die den Kronprinzen behandelnden Aerzte hinsichtlich der Natur wie der Beurtheilung der Krankheit nicht (mehr) uneinig seien. Darin ist wohl die Wirkung der mikroskopischen Untersuchungen zu sehen, zu deren Vornahme Prof. Waldeyer nach San Remo berufen worden war. Die Schlussbemerkung des Bulletins, Professor v. Bergmann werde demnächst von San Remo abreisen, da die Mission desselben beendet sei, findet in dem Bulletin selbst keine Erklärung. Man kann indessen annehmen, daß Prof. v. Bergmann jetzt, wie schon im November vorigen Jahres den Auftrag gehabt hat, eine Klärung gerade über den Charakter und die Beurtheilung der Krankheit herbeizuführen.

Da sämtliche, bei der Behandlung des Kronprinzen betheiligten Aerzte das Ergehen an die Blätter des In- und Auslandes richten, sich jeder Discussion über die Krankheit des Kronprinzen oder über die bei der Behandlung desselben angewandten Methoden und Instrumente zu enthalten, so ist zu erwarten, daß von San Remo aus kein Anlaß mehr gegeben wird, diese Grenzlinie zu überschreiten. Die Hauptfrage ist, daß nach der jetzt vorliegenden officiellen, nicht nur von Dr. Mackenzie, sondern auch von Professor v. Bergmann unterschriebenen Erklärung das Uebel des Kronprinzen bisher im Rehlkopf lokalisiert geblieben ist.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 7. März.

### Aus dem Abgeordnetenhaus.

Der verstorbene Kriegsminister v. Roon nannte Herrn Professor Gneist einmal den Mann, „der alles beweisen kann“. Wie sehr Herr v. Roon das Richtige getroffen hat, wurde wieder einmal gestern im Abgeordnetenhaus bewiesen. Wie gemeldet, gelangte dabei der Cartellantrag auf Verlängerung der Legislaturperiode zur Annahme. Das war nicht überraschend. Ueberraschend aber mußte es, daß Herr Gneist die Behauptung aufstellte, die Verlängerung der Legislaturperiode sei wünschenswerth, um die Macht — des Parlaments zu stärken!

Der Beweis war natürlich scharf und überzeugend geführt, aber die Wirkung hielt nur bis zum Ende der Rede Gneists vor. Nach derselben erhob sich der Abg. Meyer-Halle und bewies dem Vorredner, daß sein angebliches Eintreten für Stärkung des Parlaments doch einen recht eigenthümlichen Hintergrund habe, denn Professor Gneist der Staatsrechtslehrer wenigstens schildert in seinen Vorlesungen über Staatsrecht die Parlamentsmacht und Parlamentsherrschaft als großes Unglück.

Noch eine andere interessante Episode verdient aus den gestrigen Abgeordnetenhausverhandlungen hervorgehoben zu werden. Hr. v. Minnigerode sagte in der Beantwortung der einleitenden Rede Richters bezüglich der Verlängerung der Legislaturperiode der „Freuztg.“ zufolge u. a.:

„Wir wollten nicht zu oft ohne Noth diese kramphafte Wahlversuche unserer Gegner debilitiren sehen, weil wir sie in gewissen Sinne fürchten.“

Und der „Post“ zufolge äußerte er des weiteren: „Wenn Abg. Richter endlich sagt, wir wollten uns nur länger der Verantwortung unserer Wähler gegenüber entziehen, so ist das insofern richtig, als die Wahl etwas weiter hinausgeschoben wird.“

## Stadt-Theater.

Das gestrige Benefiz für Herrn Bing, in welchem er uns eine von ihm selbst verfasste Posse „Der Confectionneur“, mit Musik von Herrn Kapellmeister Gersach, vorführte, hatte das Haus mit Ausnahme des 1. Ranges fast ganz gefüllt. Die zahlreiche Zuhörerschaft empfing den Benefizanten sehr warm und begleitete sein Spiel wie die Darstellung des ganzen Stückes mit vielen Beifallszeichen. Herr Bing wurde übrigens von seinen Kollegen aus das Beste unterstützt, die mit besonderer Lust und Laune für das Werk ihres Genossen einzutreten schienen. Dies gilt namentlich von den Damen Becker, Bendel und Rofs und den Herren Schnelle, Schindler und Stein. Auch die Couplets, für welche Fr. Bendel und die Herren Bing und Schnelle eintraten, hatten Erfolg.

Das Stück selbst steht auf dem Niveau der neuesten Berliner Possen; ob es etwas besser oder weniger gut als das ist, was wir von diesem Genre in letzterer Zeit hier gesehen haben, lassen wir dahingestellt. Wirklich genießbar sind alle diese Sachen nicht. Vielmehr würde der „Confectionneur“ sehr gewinnen, wenn man einige hundert überflüssiger Wörter herausstriche und dafür ein Dutzend Witze hineinstreute.

Morgen beginnt wieder ein Gastspiel, auf das wir die Aufmerksamkeit unseres Publikums besonders hinlenken möchten. Herr Karl Mittell, dessen Ruf als Darsteller längst feststeht und der hier wiederholt unter dem lebhaftesten Beifall gespielt hat, ist bekanntlich vor einem Jahre von dem Unglück betroffen worden, ein Auge zu verlieren, was ihm ja die Fortsetzung seiner regelmäßigen Bühnentätigkeit unmöglich macht, da der Preis der Rollen, die er noch spielen kann, da-

Daß das des Pudels Kern ist, daß die jetzt vorgenommene Verfassungsveränderung in erster Linie dazu bestimmt sein soll, die freisinnige Opposition ganz zu brechen und die Wählerschaft ohnmächtiger und einflußloser als bisher zu machen, ist zwar längst kein Geheimniß mehr; aber es ist immerhin gut, wenn die Träger dieser reactionären Maßregel selbst dafür sorgen, daß die wahren Motive derselben nicht in Vergessenheit geraten.

Und noch für einen anderen Ausdruck kann man Hr. v. Minnigerode nur dankbar sein. Er machte bezüglich der Greifenberger Wahl seinem Unmuth über die „uncontrollirbaren Stimmzettel“, welche schuld daran sind, daß mit einem gewissen Leichtsinne an die Wahlurne herangetreten wird“, und fügte hinzu:

„Ich genieße mich nicht, im Abgeordnetenhaus es auszusprechen: insofern bin ich nach meinen Erfahrungen kein besonderer Freund des geheimen Wahlrechts.“

Noch mancher Conservative kam gestern zum Wort; aber Widerspruch gegen die Worte des Führers erhob sich nicht. Die hier offenbarten Gesinnungen bezüglich der „uncontrollirbaren Wahlzettel“ u. s. w. sind allerdings auch schon bekannt. Herr v. Hellborn, der conservative Führer im Reichstage, hat schon vor längerer Zeit kundgegeben, daß ihm das ganze gleiche, geheime, allgemeine und directe Wahlrecht ein Dorn im Auge sei. Ein preussischer Minister selbst hat die Empfindlichkeit der Regierung für ein Vorgehen in dieser Richtung seiner Zeit unabweisend genug kundgegeben. Wenn nun Herr v. Minnigerode gestern gleichfalls seinen entsprechenden Empfindungen bezüglich der geheimen Wahl Ausdruck zu geben sich veranlaßt sah, so ist wieder einmal klargelegt, daß die dem wichtigsten aller Volksrechte drohenden Gefahren ungeschwächt fortbestehen und ihr Sitz im Schooße der Conservativen zu suchen ist.

### Wer trägt die Schuld?

Diese Frage wird in den Reihen der Cartellparteien bezüglich des Ausfalls der Nachwahl in Greifenberg-Gammeln eifrig erörtert, und dabei ereignet es sich natürlich wieder einmal, daß sich die Genossen weidlich auskanen. Der Eine schiebt die Schuld auf den Anderen; der Andere will dies nicht wahr haben und giebt die Beschuldigung mit Jinsen zurück. Die „Conservative Correspondenz“ sagt, die Nationalliberalen seien die Uebelthäter; sie seien „perfide“ gewesen, weil sie nach dem ersten Wahlgange den conservativen Candidaten einen „politisch-kirchlichen Reactionär“ genannt hätten; die Nationalliberalen sagen wieder, das Agrarierthum und die Kreuz-Zeitungs-Politik sei die Wurzel des Übels; die „Freuztg.“ bleibt die Antwort nicht schuldig und kauft auch die „Post“ ab, weil diese einmal den merkwürdigen Muth gefunden hat, gegen „Dunker und Pfaffen“ Front zu machen; andere Blätter, wie die „Nordd. A. Z.“, erklären das schreckliche Ereigniß ausschließlich mit der Unbeliebtheit des Candidaten und rüffeln die conservative Parteileitung wegen ihres mangelnden Scharfblicks: kurzum, es ist höchst erbauend, die Cartellgenossen in ihrer stammelnden Verwirrung sich so herumzuschlagen zu sehen und die logischen Sprünge zu beobachten, die bei manchen Versuchen, das Unheil zu erklären, passiren.

So hatte auch ein scharfsinniger Mann, da von einer offenen Agitation der Freisinnigen nicht viel zu verspüren war, den weisen Gedanken ausgesprochen, die eifrige geheime Mühlsarbeit der Liberalen sei schuld. Auch dieser Trost ist kindlich-eitel! Die ganze Agitation zwischen der ersten Wahl und der Stichwahl bestand in der Verbreitung des nachfolgenden Wahlauftritts, den wir als Andenken an den überraschenden freisinnigen Wahlsieg hier im Wortlaut mittheilen. Der Wahlauftritt lautet: Wahlcomité der Liberalen. Wählt nicht conservativ, sondern liberal. Zeit zum Bedenken ist der Wähler-

durch beschränkt wird. Die Thatfache, daß er in diesem Jahre sein 40jähriges Künstlerjubiläum feiert, hat ihn, wie Karl Sonntag, bewogen, noch einmal die Bühnen zu besuchen, auf denen er früher große Erfolge gehabt hat. So ist er auch nach Danzig gekommen und wird morgen zunächst den Major Rodek in L'Arranges Lustspiel „Wohlthätige Frauen“ spielen. Die Kritik der Berliner Blätter konstatiert, daß Hr. Mittell noch immer die volle jugendliche Frische besitzt, die seine frühere Darstellung auszeichnete.

## Der Handel des deutschen Ordens.

Vortrag des Hrn. Director Dr. Böhl in dem Westpreussischen Geschichtsverein.

(Schluß.)

Die Nachrichten über die Königsberger Großschifferei sind vollständiger, weil dort zahlreichere und ausführlichere Rechnungen der Großschiffer erhalten sind, am wichtigsten die Rechnung des schon erwähnten Rüchmeisters von Sternberg, der 1404 das Amt an seinen Nachfolger übergab. Die Entwicklung dieser Schifferei ist weit großartiger und die Verbindungen verzweigter, als der Marienburger. Außer den Liegen in Danzig, Elbing und Thorn hielt der Königsberger Großschiffer solche auch in Brügge und Lübeck, weil dorthin der Bernstein, der bedeutendste Artikel des Königsberger Handels, an die Gewerke der Paternostermacher verkauft wurde, außerdem noch einen in Lemberg, wo armenische Kaufleute den Bernstein direct aufkauften.

Die wichtigste Urkunde über den Handel der Königsberger Schifferei ist die erwähnte Abrechnung Rüchmeisters. Sie enthält ein Verzeichniß der Waaren, welche der Großschiffer jährlich an das Haus in Königsberg zu liefern hatte, dann

schafft nicht mehr gegeben. Die engere Wahl findet schon am 1. März statt und zur amtlichen Kenntniß der Wähler kommt die Ankündigung des kürzesten Termins erst 48 Stunden vorher. — Nun, wir sind zufrieden! — Auch zu dieser engeren Wahl brauchen wir Liberalen keine weiteren Vorbereitungen. Durch nichts lassen wir uns mehr verlocken, einem Conservativen unsere Stimme zu geben; am allerwenigsten dadurch, daß der ehemalige Abgeordnete, der jetzige Polizeipräsident von Frankfurt a. M., Hr. v. Köller, für den gegenwärtigen Candidaten der conservativen Partei, Hrn. v. Köller-Hoff unter den conservativen Wahlauftritt einen Empfehlungsbrief geschrieben hat. — Auch wir wissen sehr wohl, daß die Behauptung des neuesten conservativen Wahlauftritts, „die deutschfreisinnige Partei habe im vorigen Jahre den eminent patriotischen Bestrebungen der Regierung Widerstand geleistet“, dem wahren Sachverhalt durchaus nicht entspricht. Die liberale Partei hat die Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um 40 000 Mann ebenso einstimmig bewilligt, wie sie am 6. d. M. die neue Wehrvorlage bewilligt hat. — Jeder Freund der liberalen Sache weiß, was er am 1. März zu thun hat. Er weist jede Beeinflussung der freien und geheimen Abgabe seiner Stimme als einen ungeheuerlichen Eingriff in sein gutes Recht zurück. Er giebt seine Stimme ab für den bewährten, maßvollen, aber entschiedensten und besten liberalen Mann, den Stettiner Stadtsyndicus Dr. Köhler.

Wie vortheilhafte sticht — dieses Anerkennniß werden wohl auch die ehrlichen Gegner nicht verweigern können — die Sprache dieses Aufrufs ab gegen die von den größten Schmähungen der Freisinnigen angefüllten Enunclationen der Conservativen! Hat sich doch der Frankfurter Polizeipräsident, der Herr v. Köller, selbst herbeigelaufen, sich wiederum in Ausdrücken wie „antinationale“, „antimonarchisch“, „antichristlich“ gegen die Freisinnigen zu bewegen!

Selbstverständlich wird Herr v. Minnigerode in Zukunft nur mit so größerem Selbstbewußtsein im Parlamente das neulich von ihm gebrauchte Wort wiederholen, daß die „widerlichste Wahlagitation“ nur — bei den Freisinnigen zu suchen sei. Die pommerischen conservativen Herrschaften sind und bleiben natürlich in dieser Hinsicht rein wie die Engel und wie die ganze conservativ-partei.

Die „Lib. Corr.“ theilt noch die interessante Thatfache mit, daß den Conservativen der Termin für die Stichwahl, der erst 48 Stunden vor der Wahl amtlich veröffentlicht wurde, schon früher bekannt war (wer mag ihnen das wohl mitgetheilt haben?), so daß sie sämtliche Versammlungsorte im Voraus in Beschlag genommen hatten. Geholfen hat das freilich nichts, denn gerade diese Ueberkühnheit hat die Wähler am tiefsten entrißt. Bekanntlich hat die freisinnige Partei in der Zeit zwischen der ersten Wahl und der Stichwahl nicht eine einzige Versammlung abgehalten. Sie hat mit Rücksicht auf die Größe des Wahlkreises und die schlechten, durch Schneefall erschwerten Verbindungen sich mit der Beirathung der Stimmzettel und eines Wahlauftritts begnügen müssen. Wenn in der Zeit zwischen der ersten Wahl und der Stichwahl die freisinnigen Stimmen um über 2000 angewachsen sind, so ist das nur der freudigen Ueberaschung zuzuschreiben, welche sich der Wählerschaft bemächtigte, als dieselbe erkannte, daß es nur von ihrem Willen abhängig, das Joch abzuschütteln, welches sie bisher widerwillig, aber ergehen getragen hatte. Man kann sich darauf verlassen, daß diese Erfahrung nicht vergeblich gewesen sein wird.

### Der Schluß der Reichstagsession

wird trotz der neuen Serie von Vorlagen am 10. März stattfinden. Auf der heutigen Tagesordnung steht die erste und zum Theil auch zweite Beratung der neuen Gesetz- und dritte Lesung von Initiativanträgen des Reichstages. Die Sitzung am Donnerstag und möglicherweise auch am Freitag wird die dritte Beratung des Etats in Anspruch nehmen. Am Sonnabend würden die dritten Lesungen der neuen Vorlagen folgen. Gegen die etwa erforderliche Abkürzung der ge-

ein Verzeichniß der Bernsteinpreise nebst Angabe der Münzverhältnisse in Preußen, England, Flandern und Novgorod, eine Uebersicht der ausstehenden Forderungen, der Schiffsantheile und der liegenden Güter und eine Schlussabrechnung. Eine wesentliche Ergänzung dazu bilden drei Rechnungsbücher von Königsberger Liegen in Flandern, die ein glücklicher Zufall uns erhalten hat, über die Jahre 1391 bis 1394.

Die Grundlage des Handels nach Flandern bildeten die reichen Sendungen von Bernstein. Brügge und Lübeck waren die einzigen Orte, nachdem die Verbindung mit Lemberg abgebrochen war, wohin der Bernstein ausgeführt und von den Gewerken verarbeitet wurde. Für den praktischen Blick des Ordens spricht es, daß gleich nach der Eroberung des Samlandes die Bernstein-gewinnung zum Regal erklärt wurde, und die Verordnung von 1400 ist Jahrhunderte lang unverändert in Anwendung geblieben. Die Strandbewohner waren verpflichtet, den Bernstein zu stechen und zu sammeln; die Ausbeute mußte abgeliefert werden, wofür man ihnen einen ganz minimalen Lohn zahlte, anfangs in Geld und Salz, später nur in Salz, so daß also der Orden von beiden Artikeln, Bernstein und Salz, doppelten Gewinn davontrug. Gegen Unterstellungen ging man mit den grausamsten Strafen vor, ohne sie doch ganz ausrotten zu können. Die Folge davon war eine immer größere Verberbnis der Strandbevölkerung und eine immer grausamere Strandordnung. Wie sehr diese Verhältnisse in das Volksleben eingegriffen haben, zeigen heute noch die familiären Sagen, in denen der grausame Strandvogt, der ruhelos spürend umhergeht, eine Hauptrolle spielt. Ein Hauptgesetz des Ordens war, daß im ganzen Lande kein einziger Bernsteinarbeiter sich

schäftsordnungsmäßigen Termine dürfte von keiner Seite Einspruch erhoben werden.

### Ober-Regulierung.

Die verschiedentlichen Hinweise, welche im Abgeordnetenhaus während der zweiten Lesung des Etats bezüglich der Ober-Regulierung hervorgehoben sind, haben, wie einer Mittheilung unseres Correspondenten zufolge verlautet, bereits zu greifbaren Erfolgen geführt. Die Regierung ist mit einer Vorlage in dieser Richtung beschäftigt. Es wird sich dabei um die Regulierung der oberen Oder und der unteren Oder von Schwedt abwärts handeln, und zwar der oberen Oder im Interesse der schlesischen Montanindustrie und der unteren Oder zum Schutz der Abjacenten gegen Hochwasserschäden, wie sie dort im Sommer häufig vorgekommen sind.

### Das Vorgehen der Pforte gegen den Coburger.

Daß die große diplomatische Action, welche Rußland nach der Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar inscenirt hat, trotz der Zurückhaltung Englands, Oesterreich-Ungarns und Italiens mit einem Scheinverfolg geendigt hat, ist durch die neuesten Meldungen aus Konstantinopel officiell festgestellt. Die Pforte hat die Illegalitäts-Erklärung nicht der Regierung, sondern der Anwesenheit des Prinzen Ferdinand in Bulgarien nach Sofia gelangen lassen, womit anerkannt ist, daß vor der Hand keine Aussicht war, auch die Zustimmung der drei dissentirenden Regierungen zu erlangen. Angebligh werden die Verhandlungen mit diesen Cabinetten zunächst weiter fortgesetzt; aber auf welcher Basis, ist noch nicht bekannt. Nur der Umstand, daß die panslawistische Presse wieder einmal in wildes Geheul gegen Deutschland ausbricht, spricht für die Annahme, daß Kaiser Alexander friedlichere Absichten hat, als den panslawistischen Schreibern lieb ist. Daß die französische Regierung die deutsche Action in Konstantinopel hat unterstützen müssen, ist einigermaßen erheiternd. Neulich bemerkte darüber der Pariser „Times“-Correspondent sehr sinnig, Rußland verlange den Mond vom Himmel herunter; dabei könne Frankreich ihm unbedenklich zu Willen sein.

Daß der Schritt der Pforte irgend welchen praktischen Erfolg haben und die Entfernung des Fürsten Ferdinand aus Sofia veranlassen wird, kann wohl als ausgeschlossen betrachtet werden. Daß man seine Anwesenheit nicht für legal ansieht, hat man doch schon längst dadurch kundgegeben, daß man in keinen officiellen Verkehr mit ihm trat. Das Aussprechen dieser Thatfache in einem Aktenstücke ist eben nichts als eine Form, ändert aber nichts an den Thatfachen. Hierzu gehört Gewalt. Denn es ist nicht anzunehmen, daß der muthige Stambulow, der die Wahl Ferdinands inscenirt hat, vor einer solch papiernen Note sich zum Rückweichen und der Fürst selbst sich beugen wird, die Koffer zu packen. — Er wird bleiben und die türkische Note zu dem Akten legen; und was dann? Die Pforte wird die nöthige Gewalt nicht anwenden. Eine andere Macht wird sich zur Execution nicht bereit finden. Betreffs einer russischen Occupation stehen aber die Dinge noch wie früher. Voraussetzlich bleibt daher zunächst alles beim alten; freilich bleibt damit auch die Unerquicklichkeit des bulgarischen Problems in alter Stärke auf der europäischen Gesamtschuldenlasten.

### Die französische Deputirtenkammer

setzte in einer gestern Vormittag abgehaltenen Sitzung die Beratung des Kriegsbudgets fort. Cochon verlangte Aufklärungen über den Gefehentwurf betreffend die Einföhrung von 5 General-Inspectoren und beantragte die Verweisung dieses Gefehentwurfs zur Vorberatung an die Armee-Commission. Der Kriegsminister erwiderte, die

niederlassen dürfte. Erst 1477 ertrugte Danzig das Recht, eine Bernsteinzehrungsbild zu bilden zu dürfen; später erst erhielten dasselbe Recht Elbing und Königsberg. Die Menge des gefundenen Bernsteins ist schwer festzustellen, wahrscheinlich sind es durchschnittlich 7000 Kilogramm jährlich gewesen, gegen 170 000 Kilogramm heute.

Der Bernstein war aber nicht der einzige Handelsartikel des Königsberger Großschiffers. Er unterhielt Diener in Novgorod zum Einkauf von Wachs und Pechwerk, welches trotz der strengen Vorschriften von den Ordensrittern selbst sehr gesucht wurde, dann aber auch einen wichtigen Artikel für den Handel nach Westen bildete. Als Entgelt dafür sandte der Lieger aus Brügge die feinen Landbrisen, die größeren englischen Tuche, Colonialwaaren und Industrieartikel aller Art. Gering ist der Verkehr des Königsberger Großschiffers mit den skandinavischen Staaten und mit den übrigen Ostseestädten außer Lübeck, wo sich seit dem 14. Jahrhundert eine Junst von Paternosterarbeitern befand. Dagegen waren die Verbindungen mit dem benachbarten Polen sehr enge. Schon das oft hervortretende Geldbedürfnis des polnischen Adels und der Geistlichkeit hat diese oft zu den wohlgefüllten Kassen des Ordens geführt. Das Land bot Wachs, das im Mittelalter in ungeheuren Mengen beim Gottesdienste verbraucht wurde, Pechwerk, und auch der hulanische Wachs findet schon Erwähnung und Nachfrage. Die Größe der Einföhr aus Flandern nöthigte den Königsberger Großschiffer zu einem ausgedehnten Kleinhandel im Inlande. Mit zahlreichen Bürgern der preussischen Städte ist er in Verbindung getreten und hat schließlich mit allen möglichen Gegenständen Handel getrieben. Dabei konnte nicht ausbleiben, daß auch er, wie der Marienburger Großschiffer, in den Besitz zahl-



General-Inspectoren sollten Delegierte des Kriegsministeriums sein, die Erteilung der General-Inspectoren sei eine große Hauptfrage, sie werde besser als bisher ermöglicht, die Maßnahmen für die Vorbereitung zum Krieg zu inspizieren und zu prüfen und über die Sicherheit und Bertheiligung des Landes zu wachen. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Vorlage erklärte er sich mit deren Verweisung an die Armee-Commission einverstanden. Die Kammer vertagte sich darauf auf zwei Stunden.

#### Die englische Landesvertheidigung.

Wie aus London telegraphisch gemeldet wird, stellte gestern im englischen Unterhause bei der Discussion des Antrags, zur Einzelberatung des Kriegsbudgets überzugehen, der Abgeordnete Bartlett den Antrag auf Ernennung einer Commission zur Untersuchung der Mittel zur Vertheidigung des Landes. Der Finanzsecretär im Departement des Krieges, Brodrick, bekämpfte den Antrag, weil derselbe die Schwächen Englands vor der ganzen Welt bloßlegen würde. Der erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte, die Regierung sei bereit, einer Untersuchung darüber zuzustimmen, in wie weit die Organisation des Heeres und der Flotte den nationalen Bedürfnissen entspreche; den Antrag Bartletts könne die Regierung aber nicht acceptiren. Die weitere Beratung des Bartlett'schen Antrags wurde schließlich auf nächsten Donnerstag vertagt.

#### Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 6. März.

Gesetz Entwurf betreffend die Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre.

Abg. Richter: Der Abg. Tramm hat bei der dritten Lesung des Antrags mir vorgeworfen, ich hätte seine Aeußerung über den Zweck desselben nicht richtig wiedergegeben. Urtheilen Sie selbst. Er hat nach dem stenographischen Bericht erklärt, der Antrag, richtiger gegen die Oppositionsparteien, die sollen getroffen werden. Die Agitatoren, welche möglichst viel wählen und wählen lassen wollen, die sollen getroffen werden. Das ist doch schlimmer noch, als ich es gesagt habe. Hr. Tramm und seine nationalliberalen Freunde sind natürlich die frommen Kämmer, die alles über sich ergehen lassen um der Gerechtigkeit willen und die uns mit Liebe den Hals danken und lohnen. (Sehr richtig!) Also sehr richtig! Der Herr sagt es, er muß es wissen. (Heiterkeit.) Wir liegen aber daran, aus Ihren eigenen Ausrufen zu constatiren, daß die Herren das Volk in dieser Frage getäuscht haben. In dem Wahlaufsatz des Central-Comités der nationalliberalen Partei vom 1. Februar 1887, welcher hier vorliegt, heißt es ausdrücklich, es wäre eine Entfaltung der Wahrheit, wenn die Gegner sagten, die Cartelparteien würden an eine Aenderung der Verfassung herangehen. „Es handelt sich nicht um eine Aenderung der Verfassung oder des Wahlrechts, welche am wenigsten von den Nationalliberalen befürwortet werden kann.“ Und trotz dieser feierlichen Erklärung der Leitung der nationalliberalen Partei ist eine ihrer ersten Thaten im neu gewählten Reichstage diese Aenderung der Verfassung nicht bloß im Reich, sondern auch in Preußen. Ich frage Sie — haben Sie hiernach das Verprechen, welches Sie vor der Wahl gegeben, gehalten? Das Volk versteht das. Nach dem 21. Februar 1887 haben wir 4 Nachwahlen gehabt, bei denen freisinnige Candidaten gegen die Cartelparteien standen. Am 21. Februar 1887 hatten Sie 36 979 Stimmen und unsere Candidaten 29 917. Wir hatten also 7000 Stimmen weniger als Sie. Bei den Nachwahlen, nachdem die Wähler klarer über die Bedeutung der letzten Wahlen geworden, hatten die Cartelparteien 25 968 Stimmen, also über 25 Proc. weniger und wir 33 913 Stimmen, das sind 8000 Stimmen mehr wie Sie. Namentlich in Greifenberg-Commün hat sich bei lebhaftester Wahltheilnehmung das Verhältnis vollständig umgekehrt. Sie sprechen von den Mitteln der Agitation! Herr v. Köller, der frühere Abgeordnete für Greifenberg, hat bei einer Wahl die Fortschrittspartei für antimonarchisch, antinational und antichristlich erklärt. (Heiterkeit.) Das ist natürlich alles erlaubt. Die nationalliberale Presse wirft der äußersten Rechten vor, daß sie Schuld mit ihrer Junker- und Stöckerpolitik sei. Das muß geändert werden — meint diese Presse — aber vorläufig gehen wir doch noch mit. (Heiterkeit.) Es ist richtig, daß ein Theil meiner politischen Freunde die Wahl in Greifenberg für ganz ausfallslos hielt; gegen Herrn v. Köller, der von Frankfurt egyptisch nach dem gefährdeten Wahlkreis gereist sei, wäre jetzt noch nicht anzukommen. Ich und meine näheren Freunde, die wir von früher her zu Pommern Beziehungen unterhalten haben, waren nicht der Meinung. Wir glaubten, daß, wenn auch kein definitiver Sieg, doch ein ganz anderes Resultat kommen würde als früher. Große Agitationen haben wir nicht gemacht, ich habe es abgelehnt, wie gewünscht wurde, dort zu sprechen, aber wir haben im Verein mit unseren Freunden in Stettin und im Wahlkreise wenigstens dafür gesorgt, daß die Wähler die Stimmzettel für unseren Candidaten bekamen. Sie kennen jetzt das Resultat in einem überwiegend ländlichen Wahlkreise. — Sie wollen das Gesetz gegen uns und unsere Agitation machen! Herr v. Cynern weiß nichts von antimonarchischer Agitation, und doch ist wenige Tage nach seiner Rede im Berliner 6. Wahlkreise ein antimonarchisches Flugblatt verbreitet, welches an Agitationskraft nichts zu wünschen übrig läßt. (Rebner verliest einige Stellen daraus.) Herr v. Cynern scheint von diesem Ausfall gegen das „internationale Judenthum“ nichts zu wissen, den

reicher Käufer und Grundstücke aller Art gelangte. Auch zu industriellen Unternehmungen mußte er sich verstellen, die ihm für Forderungen in Zahlung gegeben waren. Ueberstieht man dieses ganze ausgebeutete Gebiet des Großhandels im Aus- und Inlande, des ausgebeuteten Kleinhandels und der industriellen Unternehmungen im Inlande, so muß man hohe Achtung hegen vor dem organisatorischen Talente dieser Männer.

Neben dieser ausgebeuteten Thätigkeit brachte auch das Geldgeschäft reichen Gewinn. Durch die großen Kapitalien, über die er verfügte, war der Großhändler stets in der Lage, Darlehne zu geben; zudem machte die Verbindung mit dem Auslande seine Vermittelung oft sehr erwünscht bei Abwicklung von Geldgeschäften dorthin. Zwar verbot das kanonische Recht das Zinsnehmen, allein der Großhändler wußte dieses Verbot auf alle mögliche Weise zu umgehen, scheute sich aber schließlich auch nicht, es offen zu übertreten.

Die Veröffentlichung der Handelsrechnungen hat aber außer dem uns gewöhnlichen Einblick in die Thätigkeit des Ordens noch eine andere hohe Bedeutung: sie lehrt uns im Verein mit anderen Veröffentlichungen, daß gerade die rückwärtsste Concurrenz der Landesherrschaft mit dem Handel der Städte eine, vielleicht die Hauptursache der großen Katastrophe gewesen ist, welche die Landesherrschaft brach. Der Orden beanspruchte und erhielt auf den hansischen Contoren alle Vorrechte vor der sonst so eiferfüchtigen Hansa zugestanden, da man die Bedeutung des Schutzes, welchen der Orden bieten konnte, wohl zu schätzen wußte. Allein die Beamten des Ordens hielten sich nicht an die Vorschriften, denen sonst jeder unterworfen war. Ja, in Zeiten, in denen die Städte die Ausfuhr von Getreide unterlagten, machte er gerade dieses Verbot zum Ausgangspunkte großer

Herr Stöcker in einer Versammlung ausdrücklich gebilligt hat, er scheint nichts von den anderen antimonarchischen Versammlungen in verschiedenen Gegenden von Deutschland zu wissen. Und doch soll dieses Gesetz, welches Sie jetzt machen, nur die Oppositionsparteien treffen. So kommt es, wenn man in den Haß getrieben wird und in den Partisanismus. Es wäre wahrhaftig besser, Sie kümmerten sich mehr um die Art der Agitation der Cartelparteien. Wir haben die Arbeiter, Beamten u. dgl. wollen vor Verfolgung durch Einführung der geheimen Abstimmung bei den Landtagswahlen. Sie haben den Antrag einfach beiseite gelassen. Sie werden auf dieser Bahn weiter gehen müssen. Daß Sie gerade heute in schwerer Zeit an die Aenderung der Verfassung, die Sie vor den Wahlen intact zu halten versprochen haben, herangehen, fällt schwer gegen Sie ins Gewicht. Aber wir sind nicht die Pessimisten, als welche uns Hr. v. Bennigsen im Reichstage schilderte. Wir werden ausharren in der Vertheidigung der Volksrechte. Wir sind nicht mühslos, sondern wir werden die Verpflichtung fühlen, auch in Zukunft das Volk weiter aufzuklären über Ihre Thätigkeit. Ihre Politik mit den Kornzöllen, Brandweinsteuer, Verfassungsänderungen wird uns helfen. Sie werden ihre Ziele doch nicht erreichen, das wird die Zukunft lehren. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Minnigerode (conf.): Ein Theil der Nachwahlen ist ungünstig für uns ausgefallen; aber das ist auch früher bei Nachwahlen oft genug der Fall gewesen, und das liegt nur an der rastlosen Thätigkeit der Freisinnigen, mit denen wir in Bezug auf Wahlmacht nicht wetzeln können. Die Freisinnigen verstehen es eben, das uncontrolirbare geheime Wahlrecht zu ihren Zwecken auszubuten. Ich behaupte das letzte Wahleresultat in Greifenberg-Commün, aber ich hoffe, es wird eine eindringliche Mahnung sein und gute Früchte bei den nächsten Wahlen tragen.

Abg. Windthorst: Ich glaube allerdings, daß die letzte Wahl Anlaß zum Nachdenken giebt. In ihr sind nicht die conservativen Grundzüge, sondern das Cartell geslagen. Das zeugt nur von dem gesunden Sinne der Bauern; ich glaube, daß ein solcher gesunder Sinn zu einer Regeneration unter den Parteiverhältnissen führen kann, und dies um so mehr, als die Freisinnigen allerdings mehr als die Conservativen die Rechte des Volkes wahren. (Aachen rechts.) Ja, das ist dem Volk nicht unbekannt geblieben; Sie aber werden nicht eher zur Besinnung kommen, bis Ihnen noch mehr Bauernschaften abgenommen worden sind. Es ist eine solche Summe von Täuschungen bei den letzten Wahlen unter das Volk getragen worden, daß es jetzt allmählich anfängt sich zu fragen: „Wie haben wir das bloß alles glauben können?“ Ich wäre im Stande, Ihnen eine ganze Reihe von den allerhöchstmöglichen Darstellungen der Richtung, wie sie Hr. Richter angeführt hat, vorzulegen. Hr. v. Minnigerode hat es für nöthig gefunden zu erklären, er sei kein unbedingter Anhänger des geheimen Wahlrechts. Nun, wir wissen das ja schon, ebenso, wie wir den Minister des Innern als Gegner des geheimen Wahlrechts kennen. Und wenn bisher in dieser Richtung noch nicht weiter vorgegangen ist, verdammen wir das lediglich dem Fürsten Bismarck, der doch Bedenken trägt, den ursprünglichen Ausgangspunkt seiner ganzen inneren Politik aufzugeben. Es spricht auch mit, daß ein Rückzug des allgemeinen geheimen Wahlrechts, nachdem es einmal gewährt ist, sehr bedenklich sein muß. Jedenfalls ist dies ein sehr bedenklicher Punkt, und ich nehme deshalb die Gelegenheit wahr, zu constatiren, daß auch heute wieder durch den Mund des Herrn v. Minnigerode ohne Widerspruch von Seite seiner Partei gewisse geheime Wahlrechte bemängelt worden ist. (Hört, hört! links und im Centrum.) In Bezug auf das geheime Wahlrecht in Preußen behalte ich mir vor Anträge zu stellen. Die Regierung fordere ich auf, bei den Wahlen nicht wieder solche Mittel zu gebrauchen, wie sie es bei den letzten Wahlen gethan hat, um so mehr, als jetzt Erscheinungen vorkommen, die ich beinahe nicht begreife. So ist mir soeben ein Erkenntniß des Obergerichts vorgelegt worden, nach welchem eine Schöffe disciplinirt worden ist, weil er für einen politischen Candidaten gestimmt hat. (Zuruf rechts: Beweise!) Gehen Sie doch die Begründung durch, da werden Sie genug finden. Es heißt nämlich da: „da die Polen einer Partei angehören, welche die gesetzmäßigen Grundlagen des Staates verneint.“ Wenn das einer von den Conservativen behaupten wollte! Man könnte Ihnen doch vielerlei nachweisen, was darauf hindeutet, Sie seien bestrebt, eine conservatieve Republik zu schaffen. (Aachen rechts; das Sie in den letzten Jahren ungeheuer viel gethan haben, um die monarchischen Institutionen im Fundament zu erschüttern, können Sie nicht leugnen. (Aachen rechts. Sehr gut! links und im Centrum.) Wer soll entscheiden, welche Partei am meisten an den monarchischen Principien rüttelt? Und bei dem angegebenen Falle handelt es sich nicht einmal um einen directen Staatsbeamten, sondern um einen Communalbeamten, einen Schöffen. Solche Erkenntnisse sollten uns doch zu denken geben. Und wenn nun die Regierung seit Bestehen der Verfassung noch niemals Veranlassung gefunden hat, in diesem Punkte eine Aenderung zu proponiren, wenn das Volk noch nie einen Wunsch dahin geäußert hat, so weiß ich nicht, warum das Parlament, welches zwischen beiden steht, aus eigener Initiative solche Vorschläge macht. Ich habe die Zuversicht, wenn das Volk erst begreift, was ihm genommen worden ist, werden wir noch mehr dergleichen Wahlen haben, wie in Greifenberg-Commün. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. v. Cynern (nat.-lib.): Der Wahlaufsatz, den Abg. Richter anführte, war unmittelbar nach der Auflösung 1887 erlassen und sollte den Lügen entgegengetreten, als ob es sich bei der Auflösung nicht um das Septennat, sondern um eine Aenderung der Verfassung handelte. Hr. Windthorst hat früher für 4 Jahre sich ins Geschick gelegt. (Abg. Windthorst: Im Reichstage ist

Speculationen theils für eigene Rechnung, theils ward ihm das Geld, welches er sich von einzelnen Personen für Befreiung von diesem Verbot zahlen ließ, eine reiche Einnahmequelle.

Solchen Beeinträchtigungen konnten die Städte nicht ruhig zusehen und wurden dadurch immer mehr ihrer Landesherrschaft entfremdet. Schon während der höchsten Blüthe des Ordens tauchte deshalb in Danzig der Gedanke auf, man könne den Orden entbehren. Dieser Gegensatz der Interessen trat nach der Schlacht bei Tannenberg immer mehr hervor, und so werden wir die uns immerhin schmerzliche Erscheinung zu erklären haben, daß in bitterem Kampfe die deutschen Städte die Herrschaft des deutschen Ordens abhüttelten, um sich den Polen in die Arme zu werfen. Schon in seinen besten Zeiten stand der Orden dem ganzen Lande fremd gegenüber, nie konnte er mit dem Lande recht verwachsen, da er sich fast nur aus Fremden ergänzte, Einheimische sehr selten Aufnahme und nie Zugang zu den höheren Stellen fanden. Seit Ende des 14. Jahrhunderts ist der Orden auch kaum mehr als eine Gesellschaft von Ritters, die veraltete Gebräuche beobachtete. Mit dieser seiner Verweltlichung verfielen auch die besten Quellen seines Wohlstandes. Als dann auch der städtische Kern verloren ging, seine früher getrennten Nachbarn sich zu mächtigen Staaten zusammengeschlossen hatten, da reisten auch die längststehenden Pläne der Städte und fanden ihren Abschluß in dem sogenannten preussischen Bunde. Und wenn Konrad von Erlichshausen auch noch einige Jahre hindurch das Aeußerste verhindern konnte, so mußte doch schließlich der geistliche Ritterstaat, der sich innerlich und äußerlich überlebt hatte, der harten geschichtlichen Nothwendigkeit erliegen.

das geheime Wahlrecht! Er kann also unmöglich jetzt behaupten, daß wir die monarchischen Grundlagen des Staats erschütterten. Ich sehe im Gegentheil in der Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre eine Stärkung des monarchischen Zustandes. (Beifall.)

Abg. Träger (frei): Wir sind allerdings der Meinung, daß die Nationalliberalen sich jetzt der politischen und kirchlichen Reaction angegeschlossen haben. Herrn v. Minnigerode möchte ich erwidern, daß in Greifenberg-Commün ein Agitationsapparat unsererseits nicht in Bewegung gesetzt worden ist. Es ist keine Rede gehalten worden, dafür hat die väterliche Fürsorge, die über diesen Kreisen schwebt, gesorgt. Es ist dieses Resultat aus dem Boden selbst herausgewachsen. Zur Sache selbst bemerke ich, daß die Verträge in erster und letzter Linie auf eine Aenderung des Wahlrechts gehen; man hat nur nicht gleich damit anfangen wollen, und wenn wir noch lange zusammenbleiben, sehen wir das Wahlrecht vielleicht noch in seinem Fundamente erschüttert. Wir halten die politische Bildung des Volkes für äußerst nothwendig, und in dieser Beziehung ist ein früher, fröhlicher Wahlkampf ein Glück für einen Wahlkreis. Daber habe ich allerdings nicht die gehässige Art des Wahlkampfes im Auge. Ein solcher Wahlkampf ist eine Folge der Erbitterung der Parteien und eine Folge des Umstandes, daß es nicht mehr ein politischer, sondern ein Interessenkampf ist. Ein Volk, welches durch seine Armuth und seine Verhältnisse verhindert ist, sich um öffentliche Verhältnisse zu kümmern, und erst zur Zeit der Wahlen sich seiner politischen Pflichten bewußt wird, ein solches Volk bedarf kürzerer Wahlperioden mehr wie ein anderes. Und haben Sie aus dem Volke heraus eine Stimme für Verlängerung der Perioden gehört? Wie kann das Parlament aus sich heraus eine solche Schwächung der Volksrechte anregen? Mit dem Worte „Eile“ sollte Hr. v. Cynern doch vorsichtiger sein. Bei den letzten Wahlen haben wir die Wähler darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht allein um das Septennat handelt, sondern daß, wenn eine Majorität zu Stande komme, auch andere Dinge zur Sprache gebracht werden würden, und deshalb sind wir auch den Herren für ihren jetzigen Antrag sehr dankbar, indem sie dadurch den damaligen Vorwurf der Eile sofort nach ihrem Zusammenkommen von uns wieder abwagten. Ich bin der Meinung, daß, wenn in beiden Häusern die 5jährige Legislaturperiode zu Stande gekommen ist, die nächsten Wahlen mit einem Hochdruck ausgeübt werden, daß wir Sachen erleben werden, gegen die alles Bisherige Kinderpiel ist, und ich glaube, daß darin noch ein besonderes Motiv für die Einbringung dieses Antrages liegt. Man hat gesehen, was unser gutes Volk sich immer noch gefallen läßt, was man bei den Wahlen ausrichten kann mit einem Hochdruck, der vor nichts zurückweicht; man hat sich aber zugleich gesagt, daß, wenn man alle drei Jahre das Amtstück wiederholt, es seine Wirkung verliert, und daß man die Maschine nicht überheizen darf, und lediglich im Interesse dieser Wahlagitation, die nur in längeren Zwischenräumen mit einem gewissen Erfolg betrieben werden kann, wird die Verlängerung der Legislaturperioden angestrebt. Wenn Sie für die nächste Wahl Ihre ganze Kraft noch einmal zusammennehmen, dann werden Sie vielleicht noch einmal einen Erfolg erzielen, aber lange wird er trotzdem nicht anhalten. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Grefe (conf.): Die Freude der Freisinnigen über den letzten Wahlsieg nach so vielen Mißerfolgen ist begreiflich. Wie sie selbst agitierten, das habe ich in Thüringen erfahren. Rebner erzählt einige Fälle und schließt: Schlagen Sie an Ihre Brust und sagen Sie sich: Gott sei mir Sünder gnädig. (Beifall rechts.)

Abg. Träger: Auch bei uns mögen ja kleine Uebergriffe vorgekommen sein; aber wenn wir mit Fingern an unsere Brust schlagen sollen, so müssen Sie es mit Fäusten gegen die Thüre thun. (Beifall links.)

Abg. Gneist (n.-l.): Die Wähler haben das Recht, häufig zu wählen, haben aber ebenso ein Interesse daran, daß die von ihnen Gewählten in der Lage sind, auch in diesem Hause etwas auszurichten; und dazu bedarf es einer längeren Legislaturperiode, als wir jetzt haben. In einer so großen Versammlung bedarf es einer ziemlich mühevollen Vertikung zwischen den Fraktionsangehörigen und zwischen den verschiedenen Parteien, zwischen dem Hause und der Staatsregierung, um erst zu einer Einigung zu gelangen. Es bedarf ferner auch, um zu einem gedeihlichen Wirken zu gelangen, einer Gewöhnung an einander, und erst dann wird man zu einer Stetigkeit gelangen, wenn die Einzelnen dazu gekommen sind, ihre individuelle Meinung unter die höheren Gesichtspunkte der Partei zu stellen. Für eine Verlängerung der Legislaturperiode haben wir auch zahlreiche Präcedenzfälle. Ich erinnere nur an England, wo dadurch die Macht des Unterhauses erheblich gestärkt worden ist, und auch bei uns wird die Folge des Gesetzesentwurfes eine Stärkung des Einflusses der Volksvertretung gegenüber der Regierung sein. Als wir seiner Zeit die 3 Jahre einführen, thäten wir das, weil wir noch nicht wußten, wie die Verhältnisse sich entwickeln würden. Jetzt aber sehen wir, daß in zwanzig Jahren 40 bis 50 Wahlen zu Stande gekommen sind. Und welchen Schaden das bringt, sieht man, wenn man daran denkt, welche directen und indirecten wirtschaftlichen Nachteile jede Wahl zur Folge hat. Ich bin allerdings dennoch der Meinung, daß für Preußen relativ eine kürzere Periode einzuführen wäre, und würde darum am liebsten mit einer vierjährigen Periode zufrieden sein. Aber wir konnten diese nicht empfehlen, ohne die dringende Gefahr der Gegenforderung einer zweijährigen Budgetperiode. Wenn wir jetzt den Antrag annehmen, so wird bald niemand mehr sich daran erinnern, daß wir einmal eine dreijährige Periode gehabt haben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

In der Specialdiscussion bemerkt

Abg. Mayer-Breslau (frei): Als Hr. Gneist von der Nothwendigkeit eines Zusammenwachsens des Parlaments sprach, glaube ich, er würde darauf hinauskommen, daß das Aufhebungsrecht der Arone beiseite gelassen werden müsse. Er ist nicht darauf gekommen und ich stimme ihm darin bei; ich glaube aber, daß der Hinweis auf dieses Aufhebungsrecht genügt, um nachzuweisen, daß eine Verlängerung der Legislaturperioden in diesem Falle nicht eine größere Machstellung des Parlaments bedeutet. Ich habe mich gemindert, Hr. Gneist als Fürsprecher der Parliamentsherrschaft zu hören. Hätte er das Glück gehabt, welches ich als eines der hervorragendsten meines Lebens betrachte, die Vorlesung des Professors Gneist an der hiesigen Universität über Staatsrecht zu hören, so würde er zu der Ansicht gelangt sein, daß eine Parliamentsherrschaft nach englischem Muster ein absolutes Unglück für das Land sei. (Heiterkeit links.) Und daß man daher niemals danach streben dürfe, eine derartige Parliamentsherrschaft hier einzuführen. Wir kämpfen hier gegenwärtig nicht für eine Vergrößerung der Parliamentsherrschaft, sondern für die Aufrechterhaltung der Rechte der Wähler. Denken Sie sich doch in die Seele eines Wählers hinein, der sich eine Zeit lang hindurch durch einen Abgeordneten vertreten gesehen hat, mit dessen Ueberzeugung er nicht einverstanden ist! Denken Sie sich z. B. in die Seele der freisinnigen Wähler des Wahlkreises Greifenberg-Commün hinein. Wie unendlich glücklich müssen die Leute sein, daß sie, nachdem sie zwanzig Jahre lang eine conservatieve Vertretung haben ertragen müssen, endlich in die Lage gesetzt sind, einen freisinnigen Abgeordneten nach ihrem Herzen zu haben. Und dazu die Hand zu bieten, irgend einem Wähler dieses Glück zu verweigern, dazu kann ich unter keinen Umständen bereit sein. (Heiterkeit links.) Wenn es sich jetzt darum handelte, ganz von frischem die Frage zu erörtern, ob eine drei- oder fünfjährige Legislaturperiode die bessere sei, so will ich unentschieden lassen, wie mein Urtheil ausfallen würde. Aber gegenwärtig handelt es sich nur darum, den Wählern ihre Rechte nicht zu verkürzen. Hr. Gneist meinte, nach wenigen Jahren werde niemand mehr sich daran erinnern, daß wir eine dreijährige Legislaturperiode gehabt haben. Ganz richtig; aber ebenso richtig ist folgen-

des: Lehnen Sie die Vorlage ab und nach wenigen Jahren wird sich keiner darum kümmern, das jemals eine Cartellmajorität eine fünfjährige Legislaturperiode gewollt hat. (Aufstimmung links.) Die leidenschaftliche Erregung, welche bei den Wahlen zum Ausdruck kommt, ist lediglich eine Folge der Vorläge, die unablässig an die Wähler herangetragen. Ein Volk kann nicht ruhig bleiben, wenn ihm eine Vorlage wie das Tabakmonopol gemacht wird, und wenn trotz der Ablehnung desselben nach wenigen Jahren ein anderes Monopol vorgeschlagen wird, wenn weiter fortbauend unzulässige Verfassungsänderungen an dasselbe herangetragen und es jeden Augenblick bereit sein muß, dieselben abzulehnen. Die englischen Verhältnisse entziehen sich jeder Vergleichung mit den unsrigen, weil man dort eine Wahlbeeinflussung von Seiten der Regierung nicht kennt. (Sehr wahr! links.) Bei uns glückt zuweilen eine solche Beeinflussung, zuweilen allerdings verunglückt sie Gott sei Dank, das beweist Greifenberg-Commün. Glück der Regierung dieser Versuch, so kann sie 5 Jahre lang die Volksvertretung zusammenhalten, mißglückt er, so hat sie das Recht, dieselbe sofort wieder aufzulösen, und so lange derartige Verhältnisse bestehen, ist es nicht gerecht, mit den Wahlen so lange zu warten, bis ein Mißverhältnis zwischen der Stimmung der Wähler und der Gewählten eingetreten ist. Das stärkste Argument gegen den Antrag ist es, wenn Hr. Gneist andeutete, es zeuge von starken Nerven, wenn man die bisherigen Verhältnisse ertragen habe. Nun, haben wir so starke Nerven, so machen wir Gebrauch davon. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Wenn Hr. Gneist behauptet, durch längere Legislaturperioden werde das Parlament besser erzogen, so könnte man das nur anerkennen, falls immer lauter neue Abgeordnete gewählt würden. Das ist aber nicht der Fall, vielmehr kommen meist dieselben wieder, und namentlich gilt das von denen, welche die Geschäfte führen. Daß das Ansehen des Parlaments durch den Antrag erhöht wird, bestreite ich, es wird vielmehr nur der Zusammenhang mit der öffentlichen Meinung gelockert. Der Hinweis auf England paßt darum nicht, weil dort die Regierung immer der Majorität des Parlaments entspricht, was bei uns nicht der Fall ist. Hr. Gneist ist nicht im Stande gewesen, für Preußen irgend einen Nachtheil aus der dreijährigen Wahlperiode nachzuweisen, während auf der anderen Seite die gegen eine Neuerung sprechenden Bedenken durchaus nicht widerlegt sind. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Cynern (n.-l.): Die freisinnige Partei macht uns mit Unrecht den Vorwurf, wir erstrebten grundsätzliche Verfassungsänderungen. Hr. Träger wie Hr. Meyer haben immer nur davon gesprochen, daß man unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für einen solchen Antrag sein könne. Daraus geht zur Genüge hervor, daß es sich in Wirklichkeit gar nicht um einen Parteistreit handelt, sondern daß die heftigen Angriffe gegen die Cartelparteien nur ein Propagandamittel für die nächsten Wahlen sein sollen.

Hierauf werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzesentwurfs und in der Schlussabstimmung das ganze Gesetz gegen die Stimmen der Freisinnigen, des Centrums und der Polen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

#### Deutschland

Berlin, 6. März. Wie allerseits constatirt wird, ist in dem Umwohnsie des Kaisers eine leichte Besserung eingetreten. Das Bedenkliche des Umwohnsie liegt indeß in erfahrungsmäßig nicht in den acuten Schmerzerscheinungen selbst, als in der Schwäche, welche die Folge der Appetitlosigkeit zu sein pflegt und deren Ueberwindung den Aerzten mehr Sorge macht, als das Leiden selbst.

\* Berlin, 6. März. Der Bundesrath erteilte in der am 5. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretärs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung nach nachstehenden Gesetzentwürfen die Zustimmung: über den Reingewinn aus kriegsgeschichtlichen Werken des großen Generalstabes, betreffend die Ausführung der zu Bern am 9. September 1886 abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, und über die Auslegung des Artikels II des Gesetzes wegen Einführung des Reichsstrafgesetzbuchs in Elsaß-Lothringen.

\* [Moritz v. Blankenburg.] Es ist ein seltsames Zusammentreffen, daß an demselben Tage, an welchem der freisinnige Wähler in Greifenberg-Commün festgestellt wurde, Moritz v. Blankenburg aus dem Leben schied, der in diesem Kreise von Rindesbeinen bis in sein Greifenalter gehaust, und seitdem es ein politisches Parteileben im preussischen Staate giebt, unter den Vorkämpfern des Junkerthums eine erste Stelle eingenommen hat. Eine erste Stelle sowohl dem Charakter wie dem Geiste nach. Moritz v. Blankenburg war, schreibt die „Volks-Zeitung“, ein Gutsnachbar und der Schwiegersohn Thadden-Triglaffs, der auf dem Vereinigten Landtage von 1847 zwar die Preßfreiheit bewilligen wollte, aber nur mit dem Balgen daneben; er war mit dem Kriegsminister v. Roon verschwägert, dessen Sohn seine Tochter geheiratet hatte; er war endlich der vertraueste Jugendfreund des Reichskanzlers. Die Freundschaft erwies sich als probenhaltig bis in den Anfang der siebenziger Jahre; die Ablehnung des landwirthschaftlichen Portefeuilles durch Blankenburg mag ihr den ersten Stoß gegeben haben; für immer zerriß wurde sie durch die bekannte Affäre Dieß-Daber. Blankenburg war in dieselbe zwar nicht unmittelbar verwickelt; sein loyaler Charakter konnte sich nicht wohl anders als mit Widerwillen von jener unsauberen Intrigue abwenden, welche die persönliche Ehre des Reichskanzlers zu bedrohen suchte, um ihn seinen „liberalen“ Neigungen wieder abzuwenden und zum Vorkämpfer der junkerlichen Interessen zu machen. Weber zu den „Aera-Artikeln“ der „Neuzeitung“ stand Blankenburg in irgend einer Beziehung, noch gehörte er zu den „Declaranten“; als dann Herr v. Dieß-Daber immer dreister die persönliche Ehre des Reichskanzlers anzutasten suchte, scheint Blankenburg die Befestigung des häßlichen Skandals durch eine wohlgemeinte Vermittelung versucht zu haben. Wie meist in solchen Fällen, ließ dieselbe aber übel ab. Blankenburg hatte eine vertrauliche Aeußerung des Fürsten Bismarck falsch verstanden und in dieser unrichtigen Fassung weitergegeben, wodurch die Dieß-Daber'schen neuen Muth gewonnen, bis dann endlich in dem Prozesse gegen Rudolf Meyer das Mißverständnis aufgeklärt wurde. Sofort nach dieser gerichtlichen Verurtheilung, in welcher Blankenburg als Zeuge aufgetreten war, ließ er sich beim Reichskanzler melden, wurde aber nicht angenommen; wie Buch erzählt, hat der Bruch mit dem ältesten und treuesten Freunde seines Lebens den Fürsten Bismarck bittere Thränen gekostet.

Im politischen Leben trat Blankenburg am meisten während der fünfziger und sechziger Jahre hervor, namentlich während der fünfziger Jahre, als er neben Berlach und Wagener der angefeindeten Führer der „kleinen aber mächtigen Partei“ war. An geistiger Bedeutung stand er jenen beiden vielleicht nach, er übertraf aber namentlich Wagener an feiner und vornehmer



Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und Ver-  
antwortliche Redactoren: Dr. B. Hermann, — das geistlichen und kirchlichen  
H. Böcker, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und  
den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Suppliments-  
H. H. Rosenau, hiesig in Danzig.







# Beilage zu Nr. 16959 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 7. März 1888.

## Reichstag.

54. Sitzung vom 6. März.

In erster und zweiter Berathung wird der internationale Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See unverändert genehmigt.

Ohne Debatte werden die Freundschaftsverträge zc. mit Ecuador, Guatemala und Honduras in erster und zweiter Lesung erledigt.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten.

Zu § 6 wird ein Antrag Struckmann angenommen, welcher den in den Schutzgebieten naturalisirten Reichsangehörigen auch das passive Wahlrecht zum deutschen Reichstage einräumt, nachdem in der Debatte klargestellt worden, daß das Wahlrecht insofern nur theoretische, aber nicht praktische Bedeutung besitzt, als jene Reichsangehörigen ihren Wohnsitz eben in den Schutzgebieten und nicht im deutschen Reiche selbst haben.

Zu § 7 wird ein weiterer Antrag Struckmann angenommen, wonach die Verleihung des Rechts zur Führung der Reichs-Flagge an Eingeborene nicht die Wirkung haben soll, daß das betreffende Schiff auch im Sinne des Unfallversicherungs-Gesetzes für Seeleute als deutsches Seefahrzeug gelte.

Ohne weitere Debatte wird das Gesetz mit diesen Änderungen definitiv angenommen.

**Wahl-Prüfungen.** Die Wahl des Abg. v. Derksen-Pachim beantragt die Commission für gültig zu erklären.

Abg. Rickert: Wer diesen Fall genauer kennt, wird mir zugeben müssen, daß bei einer Sachlage, wie sie hier besteht, die Commission stets schriftlichen Bericht erstatten sollte. Darum beantragte ich im Februar, die Wahl zur schriftlichen Berichterstattung an die Commission zurückzuverweisen. Die Wahl ist bereits in voriger Session von der Commission erledigt worden. In dieser Session sind 6 neue Mitglieder in die Commission eingetreten und man hat trotzdem die früheren Beschlüsse ohne weiteres angenommen. Es sind bei dieser Wahl ungeheure Beeinflussungen geübt worden. In einem Fall ist direct Wahlbestechung vorgekommen. Warum hat die Commission diese exorbitante Thatsache nicht zur Anstellung von Erhebungen dem Reichskanzler zu überweisen beantragt? Es ist dies doch sonst geschehen, wo nicht einmal so schlimme Beeinflussungen vorlagen. Vielleicht klärt uns der Berichterstatter darüber auf. Hr. v. Derksen ist nur mit 318 Stimmen über die absolute Majorität gewählt worden. Diese Stimmenzahl würde eine erhebliche Einbuße durch mehrere Punkte der Wahlproteste erleiden. Der Candidat der Opposition wurde beschuldigt, das Vaterland wehrlos machen zu wollen. In solchem unerhörten Fall müssen wir die Entscheidung aufschieben. Ich beantrage, die Abstimmung über die Wahl auszusetzen und verschiedene Punkte des Wahlprotestes dem Reichskanzler behufs Veranlassung weiterer Erhebungen zu überweisen.

Abg. v. Manteuffel (conf.): Der Abg. Rickert hat in schulmeisterlichem Ton über die Commission gesprochen. (Präsident v. Wedell bezeichnet diesen Ausdruck als

parlamentarisch unzulässig.) Die Protestpunkte, welche Hr. Rickert angeführt hat, sind unerheblich.

Abg. Rickert fragt den Vorredner, ob er es etwa für angemessen und üblich halte, daß den Leuten Waldstreu oder 10 Mark versprochen wurde, wenn sie Derksen wählten. Solche Dinge sind von dem Referenten als bedeutungslos und als einflusslos auf die Wahl bezeichnet worden. Auch daß Wahlzettel geöffnet worden sind, ist als harmlos bezeichnet worden. Das ist ebenso unglaublich, wie die Ablehnung von Erhebungen über den, der die Mobilmachungsgerüchte ausgesprengt hat.

Abg. v. Manteuffel bleibt dabei, daß weitere Erhebungen nichts ergeben werden, was den Beschluß der Commission beeinflussen könnte.

Abg. Singer (Soc.): Aus den Worten des Vorredners geht für mich hervor, daß er die Beeinflussungen zugeibt. Die ganze Wahl vom 21. Februar 1887 ist ja überhaupt unter dem Druck der unerhörtesten Wahlbeeinflussungen zu Stande gekommen. Das unter Beweis zu stellen, kann die Majorität verhindern, aber sie kann nicht verhindern, daß das Volk sich immer mehr davon überzeugt, daß am 21. Februar 1887 der Volkswille nicht zum Ausdruck gelangt ist.

Abg. v. Reinbaben (Reichsp.): Auf liberaler Seite sind viel schlimmere Wahlbeeinflussungen vorgekommen; die Conservativen sind das reine Kinderspiel dagegen. Außerdem haben die Conservativen kein Interesse daran, Oppositionsmitglieder aus dem Reichstage zu entfernen; das haben wir bei der Prüfung der Wahl Richters bewiesen.

Abg. Marquardsen (n.-l.) bezeichnet gleichfalls die im Protest mitgetheilten Thatsachen als irrelevant und behauptet, daß es nur Aufgabe der Commission sei, über Gültigkeit und Ungültigkeit einer Wahl zu entscheiden.

Abg. Rickert: Die Erklärungen des Vorsitzenden der Wahlprüfungscommission lassen allerdings alles hinter sich, was von den Conservativen in dieser Beziehung jemals geäußert worden ist. Das discretionäre Ermessen der Commission allein kann doch nicht maßgebend sein. Hier liegen in der That erhebliche Thatsachen vor. Ein Pfarrer gab Arbeitern Grog und forderte sie auf, für v. Derksen zu stimmen. Obwohl sie dazu keine Lust hatten, wurden sie noch nach 6 Uhr ins Wahllokal hineingezwängt, nach Schluß der Wahl. Ein Wahlvorsteher ferner hatte die Kette geöffnet. Diese beiden Punkte wenigstens sollten untersucht werden. Auf unserer Seite, sagt Herr v. Reinbaben, seien noch viel größere Beeinflussungen geübt worden. Glauben Sie das wirklich? (Rufe rechts: ja!) Darüber lächeln Sie ja doch, wenn Sie unter sich sind. Wo sind unsere Landräthe und Polizisten? Bei Wahlprüfungen handeln wir nie aus Parteirücksichten oder persönlichen Motiven, wir entscheiden nur nach dem Gesetz.

Abg. v. Mirbach (conf.): Hr. Rickert sagte, seine Partei treibe keine Wahlbeeinflussungen. Ich erinnere nur an eine Stichwahl in Ostpreußen, wo für den Abg. Virchlet in großem Maßstabe von freisinniger Seite Wahlbeeinflussungen getrieben wurden. Eine Finanzgröße stellte das Geld zur Verfügung. (Rufe links: Wie heißt er? Rufe rechts: Nein!) Notorisch ist ferner, daß ein Freisinniger in meinem Wahlkreise herumreiste mit einem Schriftstück mit dem kaiserlichen Adler. Er zeigte dies vor und versprach den Bauern freie Weide, falls sie, wie es auch die

Majorität wünschte, den Freisinnigen wählten. Also in der Beziehung sind Sie uns über.

Abg. Rickert: Der Abg. v. Mirbach sollte uns doch den Namen des betr. Finanzmannes nennen. Sonst hat Ihre Bemerkung keinen Werth; sie ist uncontrolierbar. Auch mit der anderen Behauptung ist es ebenso. Zeigen Sie uns doch das Schriftstück mit dem Adler! Auf dem Wege folgen wir Ihnen nicht, aber ich bin bereit, Ihnen, namentlich aus Ostpreußen, Thatsachen mitzutheilen, welche beweisen, wie die Conservativen dort agitierten.

Abg. Miquel (nat.-lib.) giebt zu, daß die Wahlprüfungscommission sich nicht ausschließlich auf diejenigen Thatsachen beschränken dürfe, von denen sie glaube, daß sie von Einfluß auf die Frage der Gültigkeit einer Wahl seien. Was die vorliegende Wahl anlangt, so halte er in Bezug auf die Erkaufung von Stimmen mit Grog Erhebung für erforderlich, dagegen nicht in Bezug auf die Kriegsgörüchte.

Abg. Rickert streicht in Folge dessen aus der Reihe der Punkte, über welche er Erhebungen beantragt, die Kriegsgörüchte, hält aber im übrigen den Antrag aufrecht.

Abg. Meyer-Halle (freis.): Hr. v. Mirbach erwiederte ich, daß wir es entschieden ablehnen müssen, daß wir aus unseren Mitteln die bedeutenden Summen aufgebracht haben, die erforderlich waren, um Hr. v. Mirbach eine Zeit aus diesem Hause fernzuhalten. Daß von einer Seite her eine bedeutende Summe gegeben worden ist, das halte ich nach den mir gewordenen Informationen nicht für unrichtig. Wir werden uns aber vielleicht leicht verständigen, wenn ich Hr. v. Mirbach frage, ob nicht eben derselbe Herr bei der letzten Reichstagswahl mit gleichem Eifer gegen die Wahl unseres Fraktionsgenossen, des Hrn. Möller, eingetreten ist. Der Herr hat niemals zu unserer Partei gehört, er gehört jetzt zur Cartellpartei; also die Summen, die er geopfert hat, sind in der Familie geblieben (Heiterkeit) und können uns nicht zu Lasten geschrieben werden. Und was den amtlichen Brief betrifft, unter dem sich ein großer Adler befunden hat, da möchte ich es bezweifeln, daß der Adler schwarz gewesen ist; mir kommt es vor, als wäre er blau gewesen. (Große Heiterkeit.)

Es wird darauf der Antrag der Commission mit dem Antrag Rickerts, über bestimmte Punkte des Protestes Erhebung anzustellen, angenommen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. v. Gendewitz (6. Breslau), welche die Commission gleichfalls für gültig zu erklären beantragt.

Abg. Singer (Soc.) schildert, wie die Beamten und Arbeiter der staatlichen Eisenbahnen gezwungen wurden, den Candidaten der Conservativen zu wählen, daß also der Staat als Arbeitgeber dieselbe Wahlbeeinflussung übt wie die Großindustriellen, denen er mit gutem Beispiel vorangehen sollte.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (conf.): Die Behauptungen Singers sind darauf zurückzuführen, daß einige Werkmeister der ober-schlesischen Eisenbahn ihren Arbeitern empfohlen haben, den Abg. v. Gendewitz zu wählen. Von irgend einer Wahlbeeinflussung sei dabei keine Rede gewesen.

Die Wahl des Abg. v. Gendewitz wird darauf für gültig erklärt.

Es folgt die Wahl des Abg. v. Rulmiz (9. Breslau), welche die Commission für gültig zu erklären beantragt.

Abg. Rickert beantragt, die Beschlufsfassung über die Gültigkeit auszusetzen, bis der Bericht des Referenten gedruckt vorliege. Redner beantragt ferner, den Reichskanzler aufzufordern, mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren vorgekommenen Verstöße gegen § 43 der Gewerbeordnung, § 17 des Wahlgesetzes und §§ 3 und 28 des Socialistengesetzes dahin zu wirken, daß die verbündeten Regierungen die nachgeordneten Behörden mit Instruktionen dahin versehen, daß die genannten betreffenden Vorschriften in Zukunft genau beobachtet werden.

Nach längerer Discussion, in welcher von national-liberalen und conservativen Rednern behauptet wird, daß die vom Abg. Rickert beantragte Resolution nicht in enger Verbindung mit der vorliegenden Wahlprüfung stehe und daher geschäftsordnungsmäßig jetzt nicht erledigt werden könne, während Abg. v. Bennigsen beantragt, die Resolution Rickerts der Wahlprüfungscommission zu überweisen, schreitet das Haus zunächst zur Abstimmung über den Antrag auf Vertagung der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl. Die Vertagung wird mit 109 gegen 104 Stimmen abgelehnt. Das Haus entscheidet sich dann dahin, daß die Resolution Rickerts als Antrag zur vorliegenden Wahlprüfung zulässig sei.

Abg. Rickert beantragt zu seiner Resolution den Zusatzantrag: Die Proteste dem Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen, die in denselben enthaltenen Beschwerden der preussischen Regierung zur Kenntnissnahme und etwaigen weiteren Veranlassung mitzutheilen.

Die Wahl des Abg. v. Rulmiz wird hierauf für gültig erklärt, der zweite Antrag Rickerts angenommen, die erste Resolution der Wahlprüfungscommission überwiegen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Danzig, 7. März.

\* [Entschädigungsansprüche von Handlungsgehilfen.] Die Bestimmung in § 57 des Krankenversicherungsgesetzes, daß gesetzliche Entschädigungsansprüche, welche dem von der Krankenkasse unterstützten Kassenmitgliedern gegen dritte Personen zustehen, in Höhe der geleisteten Unterstützung auf die Krankenkasse übergehen, findet nach einem Endurtheil des Ober-Verwaltungsgerichts keine Anwendung auf den nach Art. 60 des Handelsgesetzbuchs den Handlungsgehilfen gegen den Prinzipal zustehenden Anspruch (Fortbezug von Gehalt und Unterhalt während einer durch unverschuldetes Unglück herbeigeführten, die Dauer von sechs Wochen nicht überschreitenden Krankheit). Ein solcher Anspruch ist weder ein gesetzlicher im Gegensatz zu einem contractlichen, noch ein Entschädigungsanspruch.

2. [Seeamtsverhandlung.] Am nächsten Mittwoch findet auf dem hiesigen Seeamte die Verhandlung gegen den Capitän W. Gerlach von hier statt, welcher die der früheren hiesigen Rheberei von George Cink gehörige Bark „Hoffnung“ (516 Reg.-Tons enthaltend) führte, die am 8. Oktober v. J. auf der Reise mit Salz von Liverpool nach Danzig in der Nähe von Glatz von dem englischen Dampfer „Esse quibo“ mit solcher Gewalt angerannt wurde, daß die „Hoffnung“ fast auf der Stelle sank und die Mannschaft mit in die Tiefe



riß, so daß 4 Matrosen ertranken und nur der Capitän und 8 Matrosen gerettet werden konnten.

**[Schwurgericht.]** Bei Aufruf der Geschworenen ergab sich heute, daß 33 Herren anwesend waren; es konnten daher die als Hilfsgeschworene einberufenen Herren Fuchs, Heyn und Poll wieder entlassen werden. Da bei Eröffnung der zu heute festgesetzten Verhandlung gegen den Besitzersohn August Alexander v. Aufschowski, den Knecht Franz Michael Gomin, den Eigenthümersohn August Strenke und den Besitzer Franz v. Aufschowski aus Rakel bei Berent wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit und Verleitung zum Meineide sich herausstellte, daß alle aus Rakel vorgeladenen Zeugen nicht anwesend waren, und einer der Herren Geschworenen behauptete, daß die Eisenbahnlinie Hohenstein - Berent gestern Abend durch Schneeverwehungen aufs neue unterbrochen ist, so daß der Zug erst mit mindestens 10 stündiger Verspätung hier eintreffen dürfte, so wurde die Verhandlung auf nächsten Montag vertagt. — Nachträglich sind noch zur Verhandlung für nächsten Sonnabend, den 10. d. Mts., nachstehende Anklagesachen angeführt worden: gegen die Arbeiterfrau Auguste Maack, geb. Nagel, und den Arbeiter Wilhelm Maack aus Ziganenbergerfeld, sowie den Arbeiter Eduard Zater aus Galgenberg wegen Raubes und Körperverletzung; ferner gegen den früheren Besitzer, jetzt Schneidegesellen August Konkowski zu Dpusch wegen wissentlichen Meineides.

**[Coirée des Professors Becker.]** Geschwindigkeit ist bekanntlich keine Sogerei, aber wie es Hrn. Prof. Becker möglich gewesen ist, seine geradezu verblüffenden Experimente lediglich unter Anwendung von Geschwindigkeit und Fingerfertigkeit auszuführen, ist wohl allen Besuchern ein Räthsel geblieben. Herr Becker, eine stattliche Gestalt mit geschmeidigen Bewegungen, zeigte bei allen seinen Productionen jene wohlthuende Sicherheit, die bei den Zuschauern gar nicht die Befürchtung aufkommen läßt, daß eines der Experimente mißgelingen könnte. Seine Productionen begleitete Herr Becker mit einer Causerie, der man es allerdings anmerkte, daß ihm das Französische wohl geläufiger ist als unsere Muttersprache. Wir wollen übrigens bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß es im Auslande, zum Beispiel in Frankreich, für wenig höslich gilt, bei den Sprachfehlern eines Ausländers in solcher Weise zu lachen, wie wir das gestern mehrfach haben hören müssen. Die Vorstellung zerfiel in drei Abtheilungen, deren erste die gewöhnlichen Aunfälligkeiten eines gewandten Prestidigitateurs brachte, die aber hier mit einer Eleganz und Sicherheit ausgeführt wurden, wie wir sie selten zu beobachten Gelegenheit hatten. Sehr bemerkenswerth war die Nr. 3 des Programms, wo Herr Becker aus einem seidenen Tuche vier mit Wasser gefüllte Goldfischbehälter hervorholte, sobald die Bühne verließ und in der Mitte des Publikums auf und ab gehend noch eine fünfte Schale zum Vorschein brachte. Völlig räthselhaft war aber wohl für alle Zuschauer die Nr. 6 des Programms. Ein gewöhnlicher Holzkoffer wurde auf die Bühne gebracht, von einem Herrn aus dem Publikum genau untersucht, verschlossen und von 2 Dienern mit einem starken Tau fest verschnürt. Vor diesen Koffer trat eine junge Dame, der die Hände auf den Rücken gebunden wurden. Beide, Koffer und Dame wurden durch eine spanische Wand verhüllt, welche nach einem Schusse des Herrn Becker wieder weggenommen wurde. Die junge Dame war verschwunden und befand sich in dem Koffer, aus welchem sie nach Entfernung der Verschnürung mit gebundenen Händen wieder hervortrat. Auf die beiden anderen Abtheilungen näher einzugehen, verbietet uns heute der Raum. Die interessante Vorstellung war nicht so stark besucht, wie wir dieses im Interesse des Herrn Becker gewünscht hätten, doch war das gewissermaßen ein Glück für das Publikum, denn die kleinen Rohrflöte

standen so dicht neben einander, daß die Aufgabe, auf jedem Stuhl einen erwachsenen Menschen unterzubringen, wohl auch durch die Zauberkunst des Herrn Becker nicht zu lösen sein dürfte.

**[Der Kriegerverein Borussia]** hielt gestern seinen Monatsappell im Deutschen Gesellschaftshause ab. Nachdem 17 Aspiranten — unter denen 5 Referendare — aufgenommen waren, wurde beschlossen, den Geburtstag des Kaisers mit Rücksicht auf den Ernst der Lage im Kaiserhause durch eine stille Feier am 24. d. M. zu begehen. Am Kirchgange den 22. d. wird der Verein Theil nehmen. Zu dem am 18. d. M. angeordneten Delegirtenlage des III. Bezirks wurden die Herren v. Prittwitz-Caffron und Gräse zu Delegirten gewählt.

**p. Dt. Krone, 6. März.** Die Bahnverbindung zwischen Schneidemühl und hier stockt seit Freitag Abend, wo der letzte Zug im Schnee stecken blieb, vollständig. Von hier sind ca. 100 Arbeiter zum Schneeschaukeln auf dem Bahnplanum aufgeboden und doch ist noch keine Aussicht, die Strecke vor Mittwoch wieder fahrbar zu machen. Am Sonntag Abend brach plötzlich, nachdem den ganzen Tag die Sonne freundlich geschienen, das Wetter mit erneuter Gewalt los und ein heftiges Schneegestöber machte die ganze mühsame Arbeit wieder nutzlos. — Der Freitag des Kreises Dt. Krone tritt am nächsten Montag, den 12. d., zusammen.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

**Hamburg, 6. März.** Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteimischer loco 162 bis 170, Roggen loco still, mecklenburgischer loco 120 bis 128, russischer loco rubig, 94—100. Hafer still. Gerste still. Mühl rubig, loco 47. — Spiritus rubig, per März 19 1/2 Br., per April-Mai 20 Br., per Mai-Juni 20 1/2 Br., per Juni-Juli 20 3/4 Br. — Raffee rubig, Umsatz 2500 Cask. Petroleum still, Standard white loco 7.30 Br., 7.25 bez., per August-Dezember 7.30 Br. — Thauwetter.

**Hamburg, 6. März.** Zuckermarkt. Rübenzucker 1. Product, Basis 88 % Rendement, f. a. B. Hamburg per Juli, 14.70, per August 14.70, per Novbr. 12.55, per Debr. 12.55. Rubig.

**Hamburg, 6. März.** Raffee good average Santos per Mai 54 1/2, per September 52 1/2, per December 52. Behauptet.

**Havre, 6. März.** Raffee good average Santos per März 67.50, per Juni 67.50, per Aug. 65.00, per Debr. 3.50. Behauptet.

**Bremen, 6. März.** Petroleum. (Schluß-Bericht.) rubig. Standard white loco 7.20 Br.

**Frankfurt a. M., 6. März.** Effecten- und Societät. (Schluß.) Creditactien 212 1/2, Francoen 172 1/2, Lombarden 58 1/2, Galizier —, Aegypter 75.20, 4 1/2 ungar. Goldrente 76.80, 1880er Ruffen 75, Gotthardbahn 112.80, Disconto-Commandit 189.00, 3 % portugiesische Staatsanleihe 59.35, Laurahütte 91.30, Creditactien abgeschrieben.

**Wien, 6. März.** (Schluß-Course.) Deherr. Papierrente 77.50, do. 5 % do. 92.50, do. Silberrente 78.60, 4 1/2 Goldrente 107.70, do. ungar. Goldr. 95.90, 5 % Papierrente 82.85, 1854er Loose —, 1860er Loose 132.00, 1864er Loose —, Creditloose —, ungar. Brämienloose —, Creditactien 267.80, Francoen 124.75, Lombarden 74.00, Galizier 180.50, Lomb.-Eiern 208.50, Pardub. 146.00, Nordmehlbahn 153.50, Elbethalb. 155.75, Kronprinz-Rudolfsbahn 177.50, Böhm. West —, Nordbahn 245.00, Unionbank 184.50, Anglo-Aust. 98.50, Wiener Bankverein 79.25, ungar. Creditactien 269.00, deutsche Plätze 62.35, Londoner Wechsel 127.05, Pariser Wechsel 60.32, Amsterdamer Wechsel 105.35, Napoleons 10.05 1/2, Dukaten —, Marknoten 62.32 1/2, russ. Banknoten 101.75, Silbercoupons 100.00, Cänderbank 201.75, Kramay 209.25, Tabackactien 76.50, Buxtehuderbahn 220.50.

**Amsterdam, 6. März.** Getreidemarkt. Weizen per per November 185, Roggen per März 104—105, per per Oktober 105—104.

**Antwerpen, 6. März.** (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffinirtes, Inne weiß, loco 19 1/4 bez. u. Br., per März 18 1/2 Br., per Mai 17 Br., per Sept.-Dez. 17 1/2 Br. Weizen.

**Antwerpen, 6. März.** (Schlußbericht.) Weizen besser. Roggen behauptet. Hafer still. Gerste fest.

**Paris, 6. März.** Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen rubig, per März 24.10, per April 24.10, per Mai-Juni 24.30, per Mai-August 24.30. Roggen

rubig, per März 24.10, per Mai-August 14.40. Mehl rubig, per März 53.00, per April 52.75, per Mai-Juni 52.75, per Mai-August 52.75. Mühl fest, per März 50.25, per April 50.50, per Mai-August 51.75, per Sept.-Dez. 53.50. Spiritus rubig, per März 46.75, per April 46.75, per Mai-August 47.00, per Septbr.-Dez. 44.50. — Wetter: Bedeckt.

**Paris, 6. März.** (Schlußcourse.) 3 % amortisirbare Rente —, 3 % Rente 82.62 1/2, 4 1/2 % Anleihe 106.72 1/2, Italien. 5 % Rente 93.65, österreichische Goldrente 87 1/2, 4 % ungar. Goldrente 76 1/2, 4 % Ruffen de 1890 76.10, Francoen —, Comb. Eisenbahnactien 153.75, Lombard. Prioritäten 282.00, Convert. Lürken 14.20, Lürkenloose 35.40, Credit mobilier 320, 5 % Spanien 67 1/2, Banque ottomane 498.12, Credit foncier 1381, 4 % unific. Aegypter 381.25, Guay-Actien 2127, Banque de Paris 763.00, Banque d'escompte 462.00, Wechsel auf London 25.28, Wechsel auf deutsche Plätze (3 Mt.) 123 1/4, 5 % privil. türk. Obligationen 363, Panama-Actien 286.25, Rio Tinto 498.75, 5 % Panama-Obligationen 280.00.

**London, 6. März.** An der Aukste angeboten 2 Weizenlabungen. — Wetter: Milde.

**London, 6. März.** Consols 102 1/4, 4 % preuß. Consols 105 1/4, 5 % italien. Rente 92 1/2, Lombarden 6 1/2, 5 % Ruffen von 1871 87 1/2, 5 % Ruffen von 1872 89, 5 % Ruffen von 1873 90 1/4, Convert. Lürken 13 1/4, 4 % fundirte Amerikaner 128 1/4, Deherr. Silberrente 62, Deherr. Goldrente 86, 4 % ungar. Goldrente 76, 4 % Spanien 67 1/2, 5 % privil. Aegypter 101 1/2, 4 % unific. Aegypter 75 1/2, 3 % gar. Aegypter 102 1/4, Ottoman-Bank 9 1/4, Guay-Actien 33 1/4, Canada Pacific 57 1/2, Convertirte Mexikaner 35 1/4, Blahdiscont 1 1/2 Procent. — Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20.50, Wien 12.85, Paris 25.45, Petersburg 18 1/4.

**Glasgow, 6. März.** Rohheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 38 sh. 10 1/2 d.

**Liverpool, 6. März.** Getreidemarkt. Weizen, Mehl und Mais stetig. — Wetter: Schön.

**Petersburg, 6. März.** Wechsel London 3 Mt. 124.75, do. Berlin 3 Mt. 61.25, do. Amsterdam 3 Mt. 103, do. Paris 3 Mt. 49.15, 1/2-Imperials 9.92, russ. Bräm.-Anleihe de 1864 (gestillt) 255 1/2, russ. Bräm.-Anl. de 1866 (gestillt) 246 1/2, russ. Anleihe de 1873 —, do. 2. Orientanleihe 97 1/2, do. 3. Orientanleihe 97 1/2, do. 6 % Goldrente 197 1/2, Grobk. russ. Eisenbahnen 272, Kursk-Stem-Actien 312, Petersburger Discontobank 659, Warschauer Discontobank —, russ. Bank für auswärt. Handel 213 1/2, Petersburger intern. Handelsbank 451, neue 4 % innere Anleihe 81 1/2, Petersburger Privat-Handelsbank 336, 4 1/2 % russ. Bodenpandbriefe 158, Privatiscont 6 1/2 %.

**Petersburg, 6. März.** Productenmarkt. Salz loco 56.00, per August 43.00, Weizen loco 13.00, Roggen per Juni-Juli 6.00, Hafer loco 3.80, Hanf loco 45.00, Leinfaat loco 13.50. — Wetter: Frost.

**Newyork, 5. März.** Billie Supply an Weizen 37516 000 Bushels, do. an Paris 9142 000 Bushels.

**Newyork, 5. März.** (Schlußcourse.) Wechsel auf Berlin 95 1/2, Wechsel auf London 4.85 1/2, Cable Transfers 4.88, Wechsel auf Paris 5.21 1/4, 4 % ungar. Anleihe von 1877 125 1/2, Erie-Bahn-Actien 24 1/2, Newyork-Central Actien 106, Chic. North Western-Actien 107, Lake Shore Actien 89 1/4, Central-Pacific-Actien 28, North-Pacific-Präferenz-Actien 44, Louisville u. Nashville-Actien 54 1/4, Union-Pacific-Actien 54 1/4, Chic. Milw. u. St. Paul Actien 75 1/4, Reading und Philadelphia-Actien 62, Wash. Präferenz-Actien 23 1/2, Canada-Pacific-Eisenbahn Actien 56 1/4, Illinois Centralbahn-Actien 114, St. Louis und St. Franc. pref. Actien —, Erie second Bonds 95 1/4.

**Newyork, 5. März.** Waaren-Bericht. Baumwolle in Newyork 10 1/4, do. in New-Oreans 9 1/4, raff. Petroleum 7 1/4, do. rohes Petroleum in Newyork —, D. 6 1/4 C. do. Pipe line Certificats —, D. 93 1/4 C. fest. — Zucker (Fair refining Muscovades) 4 1/4, Raffee (Fair Rio) nom., Rio Nr. 7 low ordinary per April 10.52, do. per Juni 10.17, — Samali (Mitar) 7.75, do. Fairbanks 7.90, do. Rohe u. Brothers 7.75, Speck —, Kupfer per April 16.30, Getreidefracht 1/4.

**Newyork, 5. März.** Weizen-Versicherungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 22 000, do. nach Frankreich 11 000, do. nach anderen Häfen des Continents 32 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 64 000, do. nach anderen Häfen des Continents 8000 Aris.

**Newyork, 5. März.** An dem Baumwollenmarkte herrichte heute eine große Erregung, die Preise wichen um 30 bis 25 Cents gegen Sonnabend. Die Umsätze

waren bei sehr starken Schwankungen außerordentlich groß; es verlaufsene von drei eingetretene Fallissements.

### Productenmärkte.

**Königsberg, 6. März.** (h. Portatus u. Grothe.) Weizen per 1000 Allogr. hochbunter 130 1/4, 155.25 M bez., bunter 128 1/4, 151.75, 131 1/4, 153, russ. 124 1/4, blip. 110 M bez., rother 131 1/4, 156.50 M bez., — Roggen per 1000 Allogr. inländischer 112 1/4, 82.50, 119 1/4, 95.50, 96.25, 120 1/4, 97.50, 121 1/4, 98.75, 122 1/4, 100, 123 1/4, 101.25, 126 1/4, 105 M bez., russisch ab Bahn 115 1/4, 64.50, 120 1/4, 89, 122 1/4, 72, 124 1/4, 74, 125 1/4, 75, 126 1/4, 76 M bez., — Gerste per 1000 Allogr. große 95.75 M bez., — Hafer per 1000 Allogr. 88, 92, 96 M bez., — Erbsen per 1000 Allogr. weiße 91 M bez., graue 96.50 M bez., grüne 95.50 M bez., — Bohnen per 1000 Allogr. 104.50, 107.75 M bez., — Leinfaat per 1000 Allogr. hochfeine russ. 168 M bez., — Rüben per 1000 Allogr. russ. Ger. 168 M bez., — Spiritus per 10 000 Liter % ohne Fah loco contingentirt 47 1/4 M Ob., nicht contingentirt 28 1/4 M Ob., per März contingentirt 47 1/4 M Ob., do. nicht contingentirt 28 M Ob., per Frühjahr contingentirt 49 M Ob., do. nicht contingentirt 31 M Br. — Die Notirungen für russisches Getreide selten transits.

**Stettin, 6. März.** Weizen unveränd., loco 157—163, per April-Mai 165.00, per Juni-Juli 169.00, — Roggen matt, loco 100—113, per April-Mai 115.00, per Juni-Juli 119.00, — Hafer loco 102—110, — Mühl fest, per April-Mai 44.50, per Sept.-Oktbr. 45.20, — Spiritus flau, loco ohne Fah versteuert mit 57 M Consumsteuer 46.80, do. mit 70 M Consumsteuer 28.70, per April-Mai mit 70 M Consumsteuer 30.00 M — Petroleum loco perollt 13.00.

**Berlin, 6. März.** Weizen loco 154—175 M, per April-Mai 161 1/2—169 1/2 M, per Mai-Juni 163 1/2—162 1/2 M, per Juni-Juli 165 1/2—165 M, per Juli-Aug. 163—167 1/4 M, per Sept.-Okt. 169 1/2 M Br. — Roggen loco 107—118 M, guter inländ. 114 1/4 M, feiner inländ. 115 1/4—116 1/4 M, per April-Mai 119—118 1/4 M, per Mai-Juni 121—120 1/4 M, per Juni-Juli 123—122 1/4 M, per Juli-August 124 1/4—124 1/4 M, per Sept.-Okt. 126 1/4—128 M, — Hafer loco 106—128 M, oft- und meistpreuß. 109—114 M, pomm. und udermark. 110—114 M, schlesischer 109—114 M, feiner schles., preuß. und pomm. 115—119 M ab Bahn, per April-Mai 112 1/4 M, per Mai-Juni 114 1/2 M, per Juni-Juli 116 1/4—116 1/4 M, per Juli-Aug. 118 1/2 M nom., — Gerste loco 100—175 M, — Rote loco 118—122 M, per April-Mai 120 M Br. — Kartoffelmehl per März 18.70 M, per April-Mai 18.80 M, — Trochene Kartoffelmärke per März 18.70 M, per April-Mai 18.80 M, — Feuchte Kartoffelmärke per März 18.80 M, — Grobes feuchtes Futtermaas 111—117 M, Rohmaas 123—180 M, — Weizenmehl Nr. 0 21.00—19.00 M, Nr. 00 23.00—21.50 M, — Roggenmehl Nr. 0 18.50—17.50 M, Nr. 0 und 1 16.50 bis 15.25 M, — Haaren 18.15 M, per April-Mai 16.45 M, per Mai-Juni 16.60 M, per Juni-Juli 16.75 M, — Mühl loco ohne Fah 44.3 M, per April-Mai 44.7—44.6—44.7 M, per Mai-Juni 44.9 M, per Juni-Juli 45.1 M, per Sept.-Okt. 45.6 M, — Petroleum loco 24.9 M, — Spiritus loco ohne Fah 95.5—95.3 M, per April-Mai 96.2—95.1—95.2 M, per Mai-Juni 97.0—95.0—96.1 M, unversteuert (50 M) loco 47.2 M, per April-Mai 48.6—48.4—48.5 M, per Mai-Juni 49.4—49.0—49.1 M, per Juni-Juli 50.2—49.9—50.0 M, per Juli-August 51.0—50.6—50.7 M, per Aug.-Sept. 51.8—51.4—51.5 M, unversteuert (70 M) loco 29.0—28.8 M, per April-Mai 30.5—30.3 M, per Mai-Juni 30.9—30.8 M, per Juni-Juli 32.0—31.6 M, per Juli-August 32.6—32.3 M, per Aug.-Septbr. 32.3—33.0 M.

**Magdeburg, 6. März.** Zuckermarkt. Kornzucker, erci. 92 % 24.40, Kornzucker, erci. 88 % Rendement 23.40, Nachproducte erci. 75 % Rendement 19.60, Unverändert, fest. Gem. Raffinade mit Fah 28.50, Gem. Melis 1. mit Fah 27.25, Fest. Rohzucker 1. Product Transits f. a. B. Hamburg per März 14.45 bez., per April 14.57 1/2 Ob., 14.60 Br., per Juni-Juli 14.65 bez., 14.97 1/2 Br., per Oktober-Dezember 12.65 Ob., 12.90 Br. ruhiger.

### Thorner Weizen-Rapport.

**Thorn, 6. März.** Wasserstand: plus 0.68 Meter. Wind: NNM. Wetter: 13 Br. Frost, leichter Wind. Verantwortliche Redaction: für den politischen Theil und sonstige Nachrichten: Dr. B. Gernmann, — das Politische und Literarische: H. Richter, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Buchhandels- u. B. Kaufmann, hienütlich in Danzig.